

Städte auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit

In vielen deutschen Kommunen konzentrieren sich umweltbedingte Gesundheitsrisiken in sozial benachteiligten Quartieren. Die Vermeidung und der Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen werden unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit diskutiert. Drei Pilotkommunen erproben seit November 2015 zentrale Elemente des strategischen Ansatzes zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit.

Forschungs-Praxis-Projekt mit den Pilotkommunen Kassel, Marburg und München

Das vom Umweltbundesamt (UBA) geförderte Forschungs-Praxis-Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ überprüft derzeit die in einem Vorgängerprojekt entwickelten Handlungsempfehlungen für mehr Umweltgerechtigkeit auf ihre Eignung im kommunalen Alltag.

Mit einem bundesweiten Aufruf wurden dazu Anfang 2016 Städte mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gesucht, die als Pilotkommune am Forschungs-Praxis-Projekt mitwirken wollten. Aus den eingegangenen Meldungen wurden **Kassel, Marburg und München** ausgewählt. Diese drei Pilotkommunen unterstützt das Difu seit April 2016 bei der Umsetzung zentraler Elemente des strategischen Ansatzes zu Umweltgerechtigkeit. Die Ämter beziehungsweise Dezernate, die in diesen Städten für die Bereiche Umwelt/Grün, Stadtentwicklung/Stadtplanung, Gesundheit, Jugend und Soziales zuständig sind, werden bis zum Sommer 2017 gemeinsam Maßnahmen planen und umsetzen.



Das Projekt will einer Problemlage entgegenwirken, die zahlreiche Untersuchungen belegen: Menschen mit niedrigem Sozialstatus sind öfter von Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffen und wenig Freiflächen für die Erholung betroffen. Nicht selten sind hiervon ganze Stadtquartiere geprägt. Vor dem Hintergrund der räumlichen Konzentration von gesundheitlich relevanten Umweltbelastungen in sozial benachteiligten Quartieren gewinnt das Thema Umweltgerechtigkeit auch in Deutschland zunehmend an Aufmerksamkeit. In den Kommunen fehlen bislang oftmals Strategien, die auf die

Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen ausgerichtet sind.

Herausforderungen und Forschungsfragen

Eine Aufgabe wird beispielsweise sein, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialdaten miteinander zu verknüpfen, um mehrfach belastete Gebiete erkennen zu können. Eine weitere Herausforderung ist

die Etablierung der ämterübergreifenden Kooperation – auch über die Projektphase hinaus. Außerdem wird der Frage nachgegangen, wie der Ansatz Umweltgerechtigkeit in übergreifende kommunale Ziele und Strategien eingebettet werden kann. Ebenso soll erprobt werden, welche Formen der Bewohnerbeteiligung und welche Akteurskooperationen die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit unterstützen können.

Fachliche Unterstützung durch interdisziplinären Arbeitskreis

Ein projektbegleitender Arbeitskreis mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Verbänden und Kommunen, der Länder und des Bundes unterstützt das Forschungs-Praxis-Projekt und berät das Projektteam. Die Mitglieder kommen aus den Bereichen Umwelt, Naturschutz, Gesundheit und Stadtentwicklung.

Ausblick

Aus den Erfahrungen in den drei Pilotkommunen werden übertragbare Erkenntnisse für ein systematisches Vorgehen zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit in der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung abgeleitet. Diese werden in eine Toolbox „Umweltgerechtigkeit vor Ort“ einfließen. Interessierte Kommunen werden hier unter anderem Umsetzungstipps und Praxisbeispiele finden, die sie für ihre tägliche Arbeit nutzen können. Auf einer Bilanzveranstaltung im Sommer 2017 können sich interessierte Kommunen und die Fachöffentlichkeit über die Projektergebnisse informieren.



Weiterführende Literatur

- **Böhme C, Preuß T, Bunzel A et al. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen (Abschlussbericht). Umwelt & Gesundheit 01/2015. Dessau-Roßlau. Umweltbundesamt.** [Kurzlink: <http://bit.ly/2dgPtg2>]

Projektflyer

- **Forschungs-Praxis-Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“** [Kurzlink: <http://bit.ly/2cm3E1j>]

Internetseiten

- **Forschungs-Praxis-Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ (UBA-Website)** [Kurzlink: <http://bit.ly/2ctMlyM>]
- **Forschungs-Praxis-Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ (Difu-Website)** [Kurzlink: <http://bit.ly/2cUFwnp>]

Impressum

Autorinnen und Autoren: Christiane Bunge (UBA), Christa Böhme, Thomas Franke und Thomas Preuß (alle Difu)
Redaktion: Kerstin Gebuhr M.A., Fachgebiet Übergreifende Angelegenheiten Umwelt und Gesundheit
Herausgeber: Umweltbundesamt | Abteilung Umwelthygiene | Postfach 14 06 | 06813 Dessau-Roßlau
Dienstgebäude Corrensplatz 1, 14195 Berlin
E-Mail: telegramm@uba.de | Internet: www.umweltbundesamt.de
Bildquellen: © S. 1 und 2: Wolf-Christian Strauss.

telegramm: umwelt+gesundheit abonnieren, abbestellen, E-Mail-Adresse ändern: <http://www.uba.de/service/newsletter>